

Juli 2020

Ratsbericht

Europabüro Brüssel



Gipfel der Ambivalenz: historische Ergebnisse, Machtverschiebungen und verpasste Chancen

Sondergipfel des Europäischen Rates vom 17. – 21. Juli 2020

Dr. Hardy Ostry, Frederik Lippe, Kai Gläser, Sophia Pena Pereira, Ludger Bruckwilder

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 17. bis 21. Juli in Brüssel war das erste, das als physisches Treffen seit Ausbruch der Corona-Pandemie wieder im Ratsgebäude in Belgiens Hauptstadt stattfinden konnte. Die Bedeutung des Zusammentreffens, das erstmals unter der Leitung der deutschen Ratspräsidentschaft abgehalten wurde, hätte größer nicht sein können. Nach vier Tagen und vier Nächten voller intensiver Verhandlungen konnten sich die Staats- und Regierungschefs schließlich auf einen Kompromiss einigen und eine solidarische Antwort – wenn auch in abgeschwächter Form – mit Blick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sowie auf die Corona-Krise präsentieren. Neben dem geschlossenen Auftreten Deutschlands und Frankreichs werden aber auch die tiefen Gräben zwischen den reicheren Ländern im Norden und den Ländern im Süden sowie eine Verschiebung der Machtverhältnisse von diesem Gipfel in Erinnerung bleiben, der wie vielleicht wenige zuvor tiefe Spuren hinterlassen wird.

Hintergrund

Nachdem bei dem letzten Video-Gipfel am 19. Juni 2020 die Erwartungen noch bewusst klein gehalten worden waren und lediglich erste Sondierungen stattgefunden hatten, waren sich bei diesem physischen Treffen in Brüssel alle Teilnehmer einig, möglichst noch im Juli eine Einigung für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den darin verankerten Wiederaufbaufonds erzielen zu wollen. Eine starke Antwort der EU auf die Folgen der Corona-Krise war gerade mit Blick auf die jüngsten Wirtschaftszahlen von großer Bedeutung: Während die Europäische Kommission im Mai noch mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung von 7,4 Prozent für die EU rechnete, geht sie inzwischen von einem Einbruch von 8,3 Prozent aus. Allerdings gestalteten sich die Verhandlungen über den bislang größten EU-Haushalt der Geschichte äußerst schwierig, da viele verschiedene Sichtweisen unter einen Hut gebracht werden mussten. Ein erster Kompromissvorschlag von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der weitgehend auf die Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsi-

ten Emmanuel Macron beruhte, war jedoch noch auf viel Gegenwehr gestoßen. Aus diesem Grund hatte Ratspräsident Charles Michel eine Woche vor dem Gipfel eine neue „Verhandlungsbox“ mit einem Gesamtvolumen von 1,824 Billionen Euro als Kompromiss vorgestellt.

Dieser hatte vorgesehen, dass der über den Kapitalmarkt finanzierte Wiederaufbaufonds („Next Generation EU“) größtenteils so bestehen bleiben soll, wie es der Vorschlag der Kommission vorgesehen hatte. Damit hätte er weiterhin einen Gesamtumfang von 750 Milliarden Euro gehabt, wovon 500 Milliarden Euro als Zuschüsse und 250 Milliarden Euro als Kredite ausbezahlt werden sollten. Der MFR hätte hingegen von 1,1 auf 1,074 Billionen Euro gekürzt werden sollen, um den „Sparsamen Vier“ (Dänemark, Niederlande, Österreich und Schweden) entgegen zu kommen. Außerdem wären die Pauschalrabatte bestehen geblieben – wovon neben den „Sparsamen Vier“ auch Deutschland profitieren würde. Laut des Vorschlags hätten die Rückzahlungen statt im Jahr 2028 bereits im Jahr 2026 beginnen und ein Großteil der Gelder vor allem in den Jahren 2021 und 2022 ausbezahlt werden sollen.

Zudem wollte Michel möglichst schnell konkrete Vorschläge für neue Eigenmittel vorlegen. Ab 2021 sollte es bereits neue Eigenmittel im Zusammenhang mit der Verwendung von Kunststoffabfällen („Plastiksteuer“) geben und ebenfalls noch im Jahr 2021 hätte ein Vorschlag für eine CO₂-Ausgleichsregelung vorliegen sowie eine Digitalabgabe eingeführt werden sollen. 30 Prozent der Ausgaben im Rahmen des MFR und von „Next Generation EU“ wären zudem für klimabezogene Projekte vorgesehen gewesen. Die Achtung von Rechtsstaatlichkeit wäre eng mit der Auszahlung verknüpft gewesen. Der Vorschlag sah außerdem vor, dass Gelder aus dem Recovery Fund im Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit gebilligt worden wären.

Die „Sparsamen Vier“ waren im Vorfeld des Gipfels – trotz des Vorschlags eines geringeren MFR-Gesamtumfangs – skeptisch geblieben und hatten mit Blick auf die Auszahlung der Hilfgelder im Rahmen des Fonds „Next Generation EU“ die Notwendigkeit der Konditionalität betont. Diese Position wurde auch von Finnland geteilt. Während es vor dem Gipfel in Kopenhagen, Wien und Stockholm etwas ruhiger geworden war, hatte der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte die Rolle des Wortführers übernommen. Auch nach mehreren bilateralen Treffen mit Amtskollegen aus Südeuropa blieb er vor der Reise nach Brüssel bei seinem Standpunkt, dass „gute und verbindliche Absprachen“ getroffen werden müssten, für welche Reformen die Gelder aus dem Hilfsfond ausgegeben würden. Rutes Hartnäckigkeit dürfte nicht zuletzt darin begründet sein, dass in den Niederlanden im kommenden März ein neues Parlament gewählt wird und sich laut repräsentativer Umfragen eine klare Mehrheit der Bürger für eine Konditionierung europäischer Gelder ausspricht.

Italien, Spanien und Portugal hatten sich vorab dagegen sehr offen gegenüber Charles Michels Vorschlag gezeigt und auf eine schnelle Einigung gedrängt. „Die beste Reaktion ist nicht viel wert, wenn sie zu spät kommt“, so der italienische Premierminister Giuseppe Conte. In einem Einzelgespräch zwischen ihm und Angela Merkel in Berlin, sprach Conte aber auch von „kritischen Punkten“, wie zum Beispiel die vorgeschlagene stärkere Mitsprache des Rates oder die Garantien für Reformen. Der portugiesische Premierminister António Costa stimmte im Vorfeld des Gipfels Viktor Orbáns Forderung zu, die Mittelvergabe aus Haushalt und Wiederaufbaufonds nicht mit Rechtsstaatlichkeit zu verknüpfen. Die Einhaltung der Regeln der Rechtsstaatlichkeit sollen nicht die Verhandlungen bzw. die mögliche Einigung des Rats beeinflussen, sagte Costa.

Die Visegrád-Staaten, die bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs ohnehin

meist mit abgestimmten Verhandlungspositionen auftreten, waren sich bei einem Kernanliegen einig. Da alle seit ihrem Beitritt stark von den klassischen EU-Geldern im Bereich Kohäsion und Landwirtschaft profitiert haben, bestand ihrerseits ein starkes Interesse daran, an diesem Umverteilungsprinzip festzuhalten. Einige der im Recovery Fund diskutierten Verteilungskriterien wären den Staaten der Visegrád-Gruppe nicht zugutegekommen. Zudem machten Ungarns Regierungschef Orbán und Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki klar, dass sie sich Verteilungskriterien, die den Bereich Rechtsstaatlichkeit betreffen, verbitten. Für Polen war außerdem klar, dass in Aussicht gestellte EU-Mittel auf die polnische Energieindustrie Rücksicht nehmen müssten, da diese aktuell und auf längere Sicht, nicht den ambitionierten Klimaschutzplänen des Green Deals gerecht werden kann. Allen Regierungen gemein ist eine insgesamt große Erwartungshaltung an die deutsche Ratspräsidentschaft.

Entwicklung

Unmittelbar vor dem Gipfel hatte Merkel, die genauso wie ihr portugiesischer Amtskollege Costa während des Gipfels Geburtstag feierte, im Gästehaus der Bundesregierung auf Schloss Meseberg mehrere Staats- und Regierungschefs getroffen, um mögliche Kompromisslinien zu identifizieren. Sie stand noch mehr denn je als Vermittlerin in der Verantwortung, da Deutschland seit Juli die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Neben Emmanuel Macron traf sie den niederländischen Premier Rutte, den spanischen Ministerpräsidenten Sanchez sowie den italienischen Ministerpräsidenten Conte.

Da nach einer Einigung im Rat zunächst das Europäische Parlament sowie im Anschluss die 27 nationalen Parlamente zustimmen müssen, drängt nur wenige Monate vor Ende der aktuellen Haushaltsperiode die Zeit. Hinzu kommt, dass die Stimmen aus dem EU-Parlament bereits

deutlich vernehmbar waren, ein mögliches Paket aufgrund interinstitutioneller Bedenken nicht annehmen zu wollen. Während Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz jedoch auf die Frage wie lange sich der Gipfel hinziehen würde mit „Ich hab’ Zeit“ antwortete, bemühte sich Michel in seinem Einladungsschreiben an die Teilnehmer zu appellieren: „Jetzt gilt es. Eine Einigung ist unerlässlich“. Trotz des physischen Treffens blieben es außergewöhnliche Umstände im Ratsgebäude, da keine Journalisten zugelassen waren, weiterhin die Abstandsregeln eingehalten und Mundschutz getragen werden musste. Anders als sonst fand das Treffen der rund 30 Politiker im größten Sitzungssaal statt, der normalerweise bis zu 300 Personen fasst. Für die unersetzlichen bilateralen Gespräche der Delegationen untereinander waren größere Räume reserviert, wohingegen Ratspräsident Michel für die berüchtigten Beichtstuhlgespräche die Terrasse des Ratsgebäudes nutzen konnte.

Die Stimmung am ersten Verhandlungstag, der 13 Stunden dauerte, war laut Diplomaten sehr gereizt. Am Ende scheiterte eine Übereinkunft vor allem am niederländischen Premier Rutte, der als Voraussetzung für die Genehmigung der Hilfgelder entsprechende Reformpläne der Länder einforderte. Darüber hinaus forderte er für die entsprechenden Abstimmungen das Prinzip der Einstimmigkeit, was de facto einem Vetorecht gleichkommt. Mit Blick auf mögliche Reformpläne hatte kurz vor dem Gipfel auch der Europäische Rechnungshof in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass Ausgaben aus EU-Fonds seitens der Mitgliedstaaten gut begründet sein müssten, um zu vermeiden, dass „EU-Unterstützung fragmentiert oder dupliziert wird“.

Zusammen mit den anderen Ländern der „Sparsamen Vier“ bestand Rutte zudem auf eine Kürzung der Zuschüsse in Höhe von rund 200 Milliarden Euro. „Wenn eine große Gruppe von Ländern wirklich Zuschüsse will, dann nur unter sehr strengen Bedingungen“, sagte Rutte. Finnland

bekannte sich bei diesem Gipfel erstmals eindeutig zu den Zielen der „Sparsamen Vier“, welche in der Folge die „Sparsamen Fünf“ oder schlicht „die Sparsamen“ genannt wurden. Italien setzte sich dagegen sehr stark gegen das geforderte Veto-recht im Rat ein.

Am Samstagmorgen kamen die Staats- und Regierungschefs erneut im Plenum zusammen, nachdem bereits vorher mehrere informelle Treffen, u.a. zwischen Merkel, Macron, Michel und von der Leyen stattgefunden hatten. Im Anschluss an das Treffen im Plenum fanden den ganzen Nachmittag und Abend über erneut Treffen in kleinen Runden statt. Gleich zu Beginn stellte Michel einen neuen Kompromissvorschlag vor, der Rutte sehr entgegen kam. Der Vorschlag sah zwar weiterhin keine Einstimmigkeit im Rat, dafür aber eine „Super-Notbremse“ für die Beurteilung der nationalen Reformpläne vor. Die Annahme sollte demnach zwar weiterhin mit qualifizierter Mehrheit erfolgen, allerdings kann jeder Mitgliedstaat verlangen, dass sich die Finanzminister oder die Staats- und Regierungschefs einschalten, um sich der Angelegenheit anzunehmen.

Außerdem sah der Vorschlag vor, weitere 50 Milliarden Euro der ursprünglich geplanten Zuschüsse aus dem Recovery Fund nunmehr als Kredite auszahlend. Die unmittelbar für die Krisenbewältigung vorgesehenen Gelder sollten zudem erhöht, andere Programme wie Horizon Europe oder Erasmus dafür gekürzt werden. Zusätzlich sollten die Rabatte für Dänemark, Schweden, Österreich und die Niederlande leicht erhöht werden, was aufgrund der geringen Höhe im Vergleich zum Gesamtpaket vor allem als symbolisches Zeichen interpretiert werden konnte. Der neue Vorschlag schien die Blockadehaltung Ruttés zu lockern, ein niederländischer Diplomat lobte Michels Veränderungen als „großer Schritt in die richtige Richtung“. Insgesamt war die Stimmung unter den Staats- und Regierungschefs eine viel positivere als noch

am ersten Tag. Eine Einigung konnte dennoch nicht erzielt werden.

Auch am dritten Tag kamen die Staats- und Regierungschefs wieder zusammen, und das obwohl der Gipfel ursprünglich nur für zwei Tage angesetzt war. Am Morgen trafen sich im kleinen Kreis erneut Michel, von der Leyen, Merkel und Macron. Merkel erklärte, dieser Tag sei „der Entscheidende“, wobei auch sie nach wie vor nicht sagen könne, ob es zu einer Lösung kommen wird. Nach stundenlangen bilateralen Gesprächen in unterschiedlichsten Formaten, kamen die 27 Staats- und Regierungschefs am Abend erneut im Plenum zusammen. Die unterschiedlichen Sichtweisen zwischen der Gruppe „der Sparsamen“ und den restlichen Mitgliedsstaaten verfestigten sich im Laufe des Tages zunehmend. Erstere wurden nun immer aktiver auch von Finnlands Ministerpräsidentin Sanna Marin unterstützt, während Schweden und Dänemark etwas leiser auftraten. Die „Sparsamen“ forderten u.a., die Summe der nicht rückzahlbaren Zuschüsse auf 350 Milliarden Euro zu senken.

Rutte und Kurz wurde nach den bereits erheblichen Zugeständnissen an die Gruppe eine Blockadehaltung vorgeworfen. Rutte äußerte sich dazu sehr nüchtern: „Wir sind alle hier, um die Interessen unserer Länder zu vertreten, nicht um uns für den Rest unseres Lebens gegenseitig zum Geburtstag einzuladen.“ Das gemeinsame Abendessen der 27 soll laut Diplomaten in sehr gereizter Stimmung u.a. mit offenen Vorwürfen stattgefunden haben. Merkel und Macron haben demnach sehr eindringlich an beide Seiten appelliert, Macron soll sogar mit der Faust auf den Tisch geschlagen haben. Auch Charles Michel wandte sich mit emotionalen Worten an die Gruppe „der Sparsamen“. Kurz vor Mitternacht beendete Michel das Plenum und führte bis in den frühen Morgen bilaterale Treffen fort. Gegen 6 Uhr wurde dann ein sehr kurzes Treffen im Plenum abgehalten, bei dem Michel für den nächsten Morgen einen neuen Vorschlag ankündigte.

Der vierte Verhandlungstag zog sich weit in die Nacht, bis Ratspräsident Michel schließlich am Dienstagmorgen bei Twitter um 5:31 Uhr „Deal!“ verkündete. Nach über 90 Stunden Verhandlungen verpasste dieser Gipfel somit nur knapp die Rekordlänge des Gipfels von Nizza im Jahr 2000. Nachdem am frühen Abend ein Durchbruch bei der entscheidenden Frage nach der Gesamthöhe und dem Anteil zwischen Zuschüssen und Krediten gelungen war, konnten im Anschluss die übrigen offenen Punkte abgearbeitet werden.

Am Ende konnten sich die Staats- und Regierungschefs auf folgende Hauptpunkte einigen: Der MFR bleibt, wie in der Verhandlungsbox vorgesehen, bei einer Höhe von 1,074 Billionen Euro bestehen. Die „Sparsamen“ erhalten - mit Ausnahme von Finnland - jedoch zusätzliche Rabatte in dreistelliger Millionenhöhe, während Deutschland, das bereits die höchsten Rabatte erhält, auf weitere verzichtet. Der Recovery Fund wird, wie vorgesehen, ein Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro besitzen, allerdings werden nur 390 Milliarden Euro als Zuschüsse ausbezahlt und 360 Milliarden Euro als Kredite. Die direkten Zahlungen an Mitgliedsländer bleiben größtenteils bestehen, dagegen mussten andere Programme im Bereich der Forschung oder Gesundheit im Vergleich zur Verhandlungsbox gekürzt werden.

Die Achtung von Rechtsstaatlichkeit wird zudem erstmals als Bedingung an Auszahlung von EU-Geldern gekoppelt, wenn auch durch die Androhung von Orbáns Veto nur in abgeschwächter Form. Die Mitgliedsstaaten müssen für die Auszahlung der Gelder in Zukunft nationale Reformpläne vorlegen. Wenn ein Staat jedoch Bedenken hinsichtlich der Verwendung der Gelder bzw. der Einhaltung der Verpflichtungen hat, kann er die „Super-Notbremse“ aktivieren. Mit einer qualifizierten Mehrheit (55 Prozent der EU-Länder mit 65 Prozent der Gesamtbevölkerung) im Rat kann er dann durchsetzen, dass die Finanzminister oder der Rat das Thema auf dem nächsten Gipfel bespricht

und die Gelder bis dahin ausgesetzt werden.

70 Prozent der Zahlungen aus dem Recovery Fund sollen weiterhin, wie in Michels ursprünglichem Vorschlag vorgesehen, bereits in den Jahren 2021 und 2022 ausbezahlt werden und so vor allem die direkten Folgen der Krise bekämpfen. Am 1. Januar 2021 soll eine Plastiksteuer als erstes neues Eigenmittel eingeführt werden. 30 Prozent der Gelder sollen auch weiterhin für klimaschutzbezogene Projekte ausgegeben werden, und auch die Digitalisierung soll eine Priorität bleiben. Die Rückzahlungen für die aufgenommenen Schulden werden bereits im Jahr 2026, und damit noch in diesem Haushalt beginnen und bis zum Jahr 2058 laufen.

Kommentar

Nach vier Tagen und vier Nächten voller intensiver und emotionaler Verhandlungen waren am Ende alle Gipfelteilnehmer froh, dass es eine Einigung gab. Macron sprach sogar von „einem Tag für Europa“ und Merkel betonte „Europa hat gezeigt, dass es in einer besonderen Situation bereit ist, neue Wege zu gehen“. In der Tat hat die EU auf eine globale Krise nun eine gemeinsame und solidarische Antwort gefunden, um die von der Pandemie besonders gebeutelten Mitgliedsstaaten zu unterstützen und einen wirtschaftlichen Stimulus für Europa zu geben. Zu Beginn der Corona-Krise hatte die EU, deren Mitgliedsstaaten reflexartig mit Grenzschließungen und einem unkoordinierten Auftreten auffielen, viel Kritik geerntet. Deshalb hat sie mit diesem Gipfel bewiesen, dass sie groß denken und auch handeln kann. Ratspräsident Michel zeigte sich auf der anschließenden Pressekonferenz auch dementsprechend euphorisch: „We did it! Europe is strong. Europe is united!“.

Die inhaltlichen Schwerpunkte von Michels Verhandlungsbox wurden dabei erwartungsgemäß noch etwas abgeschwächt. Davon war allerdings auszugehen, wenn man bedenkt, dass sich einige

nördliche Länder bis unmittelbar vor dem Gipfel noch gänzlich gegen Zuschüsse ausgesprochen hatten. Das von Michel im Vorfeld vorgeschlagene und auf Druck „der Sparsamen“ abgeschwächte Paket dürfte aber trotzdem seine Wirkung entfalten. Insbesondere da die direkt auszahlbaren Zuschüsse an die von der Krise am stärksten betroffenen Länder kaum gekürzt wurden. Dagegen wurde die Chance verpasst, den Haushalt zu modernisieren und längst überfällige Reformen anzustoßen. Die für einen Kompromiss nötigen Kürzungen treffen am Ende genau die Bereiche, die als Zukunftsfelder zu einer modernen Ausrichtung des Haushalts hätten führen können.

Besonders war während dieses Gipfels das geschlossene Auftreten von Merkel und Macron, die – Schulter an Schulter – als Vermittler in der ersten Reihe bei allen wichtigen Gesprächen mit am Tisch saßen und über den ganzen Gipfel in vielen bilateralen Gesprächen mit allen Seiten eine Einigung überhaupt erst möglich machten. Außerdem traten sie im Anschluss in der Pressekonferenz gemeinsam auf, was sonst eher unüblich ist. Für die deutsche Regierungschefin kann die Einigung auf diesem Gipfel, bei dem lange nicht sicher war, ob es überhaupt zu einer Einigung kommen würde, gerade in Anbetracht der deutschen Ratspräsidentschaft als Erfolg gewertet werden, denn dieser Gipfel fand unter stark veränderten Bedingungen auch unter den Staats- und Regierungschefs statt.

Das kompromisslose und harte Auftreten von Rutte und Kurz, das zu viel Verärgerung unter den anderen Staats- und Regierungschefs führte, dürfte dagegen nicht so schnell vergessen werden. Wenn der niederländische Regierungschef davon sprach, in Brüssel zu sein, um einen „Deal für sein Land zu machen“, dann klangen da eben nicht nur die nächsten Wahlen im Polderland mit an. Manch ein Beobachter fühlte sich an den Satz erinnert: „Politiker denken an die nächste Wahl, Staatsmänner an die nächste Ge-

neration“. Daher werden von diesem Gipfel auch die unschönen Momente in Erinnerung bleiben.

Neue machttektonische Verschiebungen unter den Staats- und Regierungschefs haben sich zudem manifestiert, wie am Beispiel der „Sparsamen Fünf“ zu sehen war: Der Grund dafür liegt in der Verschiebung der Machtverhältnisse in der EU. Während die kleinen, aber wirtschaftlich starken Länder der „Sparsamen“ stets mit Großbritannien und Deutschland zwei mächtige Verbündete an ihrer Seite wussten, hat sich seit dem Brexit und dem überraschenden Vorstoß Deutschlands für eine Schuldenaufnahme das Gleichgewicht verschoben. Es ging den wirtschaftsliberalen Ländern im Norden somit neben den nackten Zahlen auch um die zukünftige Ausrichtung der EU. Dabei nahmen die sozialdemokratisch geführten Regierungen Skandinaviens bewusst in Kauf, mit ihren Parteifreunden aus Südeuropa aneinander zu geraten.

Am Rande des Gipfels wurde zudem die Frage aufgeworfen, ob – und wenn ja wie – der Europäische Rat in Zukunft effizienter arbeiten kann und ob eine bessere Vorbereitung der Treffen der Staats- und Regierungschefs 90-stündige Gipfel künftig verhindern kann. In diesem Zusammenhang dürfte zum einen die Abstimmung zwischen den ständigen Vertretungen der EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel und den europäischen Hauptstädten, zum anderen aber auch die Gipfelleitung von Ratspräsident Michel in den Fokus rücken.

Die Einigung im Rat war nur der erste Schritt auf dem langen Weg zur Annahme des Haushaltes und des Recovery Funds. Als nächstes muss das Europäische Parlament, dessen Zustimmung für ein Inkrafttreten nötig ist, darüber abstimmen. Dabei gilt es nicht als sicher, dass die Parlamentarier, die sich über Parteigrenzen hinweg zuletzt sehr kritisch über die Verhandlungen geäußert hatten, ihre Zustimmung geben. Viele Abgeordnete fühlen sich interinstitutionell nicht auf Augenhöhe behandelt und ernst genommen.

Parlamentspräsident David Sassoli erinnerte die Staats- und Regierungschefs während des Gipfels an das Vetorecht des Parlaments und sagte, dass es seine Zustimmung verweigern werde, wenn die wichtigsten Bedingungen nicht ausreichend erfüllt seien. Es könnte somit sein,

dass das Parlament die Zustimmung an Bedingungen knüpft, die vom Rat dann noch einmal aufgenommen bzw. berücksichtigt werden müssten. Im Anschluss an Brüssel müssen zudem noch die 27 nationalen Parlamente ihre Zustimmung erteilen.

Next Generation EU

Recovery and Resilience Facility (RRF)

Aufbau- und Resilienzfähigkeit

Zuschüsse: **312,5 Mrd. EUR**

Kredite: **360 Mrd. EUR**

Gesamt: 672,5 Mrd. EUR

REACT-EU

Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas

47,5 Mrd. EUR

Horizon Europe

Horizont Europa - EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation

5 Mrd. EUR

InvestEU

EU-Finanzierungsinstrumente zur Förderung von Investitionen

5,6 Mrd. EUR

Rural Development

Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums

7,5 Mrd. EUR

Just Transition Fund

Der Fonds für einen gerechten Übergang

10 Mrd. EUR

RescEU

Katastrophenschutz-System

1,9 Mrd. EUR

INSGESAMT

750 Mrd. EUR

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter des Europabüros Brüssel
Konrad-Adenauer-Stiftung
www.kas.de/bruessel/

Hardy.Ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)